

Vernachlässigte Zielgruppe?

Alterspolitik ist auch wahltaktisch ein wichtiges Feld

Wer die Senioren gewinnt, der fährt nach Bern



Fokus auf die Altersvorsorge: Lilian Studer, Irène Kälin, Moderatorin Anna Wanner, Pascale Bruderer und Ruth Humbel

Im Aargau leben rund 107 000 stimmberechtigte Seniorinnen und Senioren. Also könnte es doch für die Parteien lohnend sein, sich besonders um die Stimmen der Senioren zu bemühen. Doch die Parteien setzen auf Themen und nicht auf einzelne Bevölkerungsgruppen.

VON JÖRG MEIER

Die Rechnung ist einfach. Die Seniorinnen und Senioren im Aargau haben zusammen rund 107 000 Stimmen zu vergeben. Das entspricht einem Wähleranteil von 26 Prozent. Gelingt es einer Partei, die Senioren für sich zu gewinnen, indem sie sich explizit um die älteren Menschen bemüht und ihre Anliegen aufnimmt, dann darf sich diese Partei als Wahlsiegerin feiern lassen. Zumal die Senioren ja auch noch die Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Stimmbeteiligung sind.

Reimann macht es vor

Dass das Prinzip «Wer die Senioren für sich gewinnt, fährt nach Bern» tatsächlich funktioniert, zeigt das Beispiel von Nationalrat Maximilian Reimann (SVP). Reimann, mit Jahrgang 1942 selber schon länger ein Senior, versteht sich als Vertreter der älteren Generation, der die Anliegen der Senioren aufnimmt und in Bern dafür kämpft. «Politischer Handlungsbedarf aus Seniorensicht besteht immer», sagt Reimann. Davon zeugt sein aktuellster parlamentarischer Vorstoss in dieser Angelegenheit: Reimann möchte erreichen, dass der ärztliche Kontrollcheck für Autofahrer erst ab dem 75. Lebensjahr obligatorisch wird - und nicht schon ab 70 Jahren, wie das heute der Fall ist.

Für Reimann steht nicht im Vordergrund, dass sich die politischen Parteien nun die Anliegen der Senioren auf die Fahne schreiben sollten. «Senioren wollen durch eigene Leute im Parlament vertreten sein», sagt er und verweist auf ein Missverhältnis: «Die Senioren sind im Nationalrat untervertreten. Ihr Anteil an der stimmberechtigten Bevölkerung in der Schweiz beträgt rund 27 Prozent.» Aber nur rund 10 Prozent der Nationalräte sind im Seniorenalter.

Dass sich Reimanns Engagement für die Senioren auszahlt, zeigt seine Popularität: Vor vier Jahren erreichte er mit 75 910 Stimmen das zweitbeste Resultat aller Kandidaten im Kanton; auch diesmal muss er nicht um seine Wiederwahl bangen.

Keine Fokussierung auf Senioren

Und wie halten es die Parteien mit den Senioren? Eine Umfrage bei den grossen Aargauer Parteien zeigt, dass die Senioren überall eine wichtige Ziel- und Wählergruppe sind. Aber eine eigentliche Fokussierung des Wahlkampfes auf die Seniorinnen und Senioren findet nicht statt.

So hat die FDP für die Wahlen keine speziellen Aktionen für Seniorinnen und Senioren geplant. Parteipräsident Matthias Jauslin erklärt, diese Altersgruppe sei seit je her im Parteileben vollwertig integriert: «Die Seniorinnen und Senioren engagieren sich innerhalb der Partei aktiv und sind in der Geschäftsleitung beratend dabei.» Genau-



«**Politischer Handlungsbedarf aus Seniorensicht besteht immer.**»

Maximilian Reimann
SVP-Nationalrat

so wie die SP, FDP und die SVP hat auch die CVP eine «Senioren-Abteilung». Mit dieser hat die Parteileitung über Themen gesprochen, die für Seniorinnen und Senioren im Alltag relevant sind, und sie dann in den Wahlkampf integriert. «Die Seniorinnen und Senioren sind eine besonders wichtige Ziel- und Wählergruppe für uns», sagt CVP-Präsident Markus Zemp. «Deshalb ist es uns ein Anliegen, sie einerseits einzubinden, sie aber auch spezifisch anzusprechen.» Die konkrete Umsetzung sieht so aus, dass die CVP eine Veranstaltungsreihe zum Thema «Wir altern gesund und erfolgreich» durchführt und damit durch den Kanton zieht, moderieren wird Nationalratskandidat Andre Rotzetter.

Ziel: vollständige Integration

Auch die SP geht nicht gezielt auf die Senioren los, um ihre Stimmen zu gewinnen. «Wir sind keine grossen Anhänger von spektakulär-theatralischen Wahlkampfaktionen», sagt Nationalrat und SP-Co-Präsident Cédric Wermuth. Aber die SP sei die einzige Partei, die sich vorbehaltlos hinter die Anliegen der Generation 60 plus stelle. «Selbstverständlich versuchen wir, unseren Einsatz bei der betroffenen Generation auch bekannt zu machen. Aber dafür gibt es kein spezielles Wahlkampfgefäss», ergänzt Wermuth. Und er verweist auf die Sektion der SP 60+, die sich speziell auch um Altersfragen kantonal und kommunal kümmere. «Wir sind dankbar, auf die Erfahrung, Zuver-

lässigkeit und Weisheit der Senioren zählen zu dürfen», sagt SVP-Präsident Thomas Burgherr. Er nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass viele Senioren die schweizerischen und kantonalen Parteitage besuchen und dort sich und ihre Gemeinden aktiv einbringen. «Die SVP-Senioren sind eine wichtige und verantwortungsvolle Gruppe, eingebettet in die SVP. Das Ziel ist die vollständige Integration der Senioren in Partei und Politik», erklärt Burgherr. Aber auch die SVP richtet ihren Wahlkampf nicht gezielt auf die Senioren aus: «Alle Altersklassen geniessen in unserer Partei höchste Aufmerksamkeit», verspricht Burgherr.

Nicht gefragtes Wissen

Beat Waldmeier ist Geschäftsleiter der Pro Senectute Aargau. Sie ist politisch und konfessionell neutral. Auch Waldmeier ist aufgefallen, dass die Senioren im Wahlkampf kaum ein Thema sind. «Dabei geht es aber nicht darum, dass vermehrt Senioren in den Parlamenten und Gremien sitzen sollen», sagt Waldmeier. Vielmehr wünscht er sich, dass die politischen Parteien sich noch häufiger und gründlicher auf die Themen der älter werdenden Menschen einlassen.

Ein bisschen wundert sich Waldmeier schon, dass bisher noch kein einziger Politiker sich bei der Pro Senectute gemeldet hat, weil er wissen wollte, was die älteren Menschen beschäftigt. Immerhin weiss das im Aargau niemand so gut wie die Pro Senectute.

107 000

stimmberechtigte Seniorinnen und Senioren gibt es im Kanton Aargau. Das entspricht einem Wähleranteil von rund 26 Prozent.

«Hochulis Aussagen sind ein Affront»

Asylwesen SVP-Präsident und FDP-Gemeindevertreterin werfen der Regierungsrätin vor, die Lage zu verharmlosen

VON FABIAN HÄGLER

«Wir haben kein Asylproblem», sagte Regierungsrätin Susanne Hochuli gestern Freitag im Interview mit der az. In der Schweiz gebe es momentan rund 80 000 Asylbewerber, dies entspreche lediglich einem Prozent der Wohnbevölkerung, rechnete sie vor.

Dies veranlasste SVP-Kantonalpräsident Thomas Burgherr zu einer heftigen Reaktion: «Meines Erachtens verkennt unsere Frau Regierungsrätin die Situation massiv», sagt er. Die Aussage, «dass wir kein Asylproblem haben, ist völlig deplatziert und ein Affront gegenüber den betroffenen Gemeinden», wertet Burgherr. Zwar stimme es, dass die 80 000 Asylbewerber nur ein Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten.

Anerkennungsquote gestiegen

«Aber die Anerkennungsquote liegt heute bei 60 Prozent, das ist dreimal höher als 2012», gibt Burgherr zu bedenken. Deshalb würden viele Asylbewerber rasch aus der Statistik verschwinden. «Tatsächlich bleiben sie aber hier und belasten unsere Sozialwerke, nach fünf Jahren zahlen Bund und Kanton nichts mehr, die Kosten bleiben bei den Gemeinden hängen.»

Burgherr wehrt sich auch gegen Hochulis Aussage, sein Vorstoss für bessere Grenzkontrollen sei nur Wahltaktik. «Wir sollten Wirtschaftsflüchtlinge aus sicheren Staaten gar nicht erst ins Land lassen, sondern direkt an der Grenze zurückweisen». Und: «Wenn wir unsere Grenzen nicht kontrollieren und Frau Hochuli zudem das Asylproblem verharmlost, gibt das eine Sogwirkung für Flüchtlinge: Diese sehen die Schweiz als attraktives Land, wo man leicht reinkommt und mit grosser Wahrscheinlichkeit Asyl erhält.»

FDP: Asylchaos - oder doch nicht?

Auch die FDP Aargau schätzt die Asylsituation anders ein als Susanne Hochuli: «Endlich handeln. Asylchaos stoppen», steht auf ihrer Website. Allerdings teilt der prominenteste Freisinni-

ge im Aargau diese Einschätzung nicht. In einem Interview in der «Schweiz am Sonntag» sagte FDP-Schweiz-Präsident Philipp Müller kürzlich: «Wir haben kein Asylchaos. Das ist Blödsinn.» Wie beurteilt seine Parteikollegin Renate Gautschy, Grossrätin, Nationalratskandidatin und Präsidentin der Gemeindeammänner-Vereinigung im Kanton, die aktuelle Lage? «Ich möchte nicht von einem Asylchaos sprechen, aber ich bin nicht zufrieden mit den Abläufen bei der Unterbringung der Flüchtlinge.»

Gautschy spricht konkret die Tatsache an, dass die Gemeinden vom Kanton meist erst dann informiert werden, wenn der Mietvertrag für eine Asylunterkunft bereits unterzeichnet ist. Sie ergänzt, die Asylproblematik sei kein Thema, das man rein rechnerisch betrachten könne. «Die rund 80 000 Asylbewerber sind nicht gleichmässig auf die Schweiz verteilt, deshalb bringt es einer Gemeinde mit einer grossen Unterkunft wenig, wenn sie weiss, dass die Asylbewerber insgesamt nur ein Prozent der Bevölkerung ausmachen.»

Information über Grosszentren

Wenn es um die Grossunterkünfte geht, in denen der Kanton künftig die Asylbewerber unterbringen will, sollen die Gemeinden früh informiert und einbezogen werden. Die az weiss: Am 22. September findet in Aarau ein grosser Informationsanlass unter dem Titel «Vorprojekt Grossunterkünfte für Asylsuchende» statt. Laut der Einladung enthält dieses Vorprojekt «den Entwurf eines Standortkonzepts bzw. die Parameter für die Umsetzung desselben». Demnach sind Angaben zu erwarten, «wie die kantonalen Klein- und Kleinstunterkünfte im Laufe der Zeit durch regional ausgewogen verteilte Grossunterkünfte abgelöst werden». Der Einbezug des Grossen Rats, der Gemeinden und Regionalplanungsverbände sei zentral, schreibt Susanne Hochuli.



Interview mit Susanne Hochuli auf aargauerzeitung.ch



(v.l.) am Wahlpodium von frauenaargau im Grossratssaal.

SANDRA ARDIZZONE

Rentenreform ist akzeptiert

Wahlen Zwölf National- und Ständeratskandidatinnen aus acht Parteien diskutierten in Aarau über die Altersvorsorge 2020. Sie waren sich erstaunlich einig.

VON SIBYLLE HALTNER

Unter dem Titel «Frauen nach Bern!» hatte der Verein frauenaargau zu einem überparteilichen Wahlanlass in den Grossratssaal eingeladen. Zwölf National- und Ständeratskandidatinnen diskutierten über die Reform der 1. und 2. Säule und alle standen dem vorliegenden Entwurf der Ständeratskommission positiv gegenüber.

In einem Inputreferat stellte Ständerätin Christine Egerszegi die Reform vor. «Ich bin glücklich über den Mut von Alain Berset, einen Vorschlag für die ganze Vorsorge zu präsentieren», meinte Egerszegi.

Anschliessend diskutierte az-Bundeshausredaktorin Anna Wanner mit den Kandidatinnen über die geplante Revision. Zum Thema «Flexibilisierung und Rentenalter» äusserten sich in der ersten Runde Maya Bally (BDP), Stefanie Heimgartner (SVP), Monika Küng (Grüne) und Helen Suter (EVP). Alle vier waren sich einig, dass die geplante Erhöhung des AHV-Referenzalters für Frauen auf 65 Jahre unumgänglich ist. Die bestehende Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen müsse auf einer anderen Schiene bekämpft werden, erklärte Monika Küng. Maya Bally sprach sich sogar für eine Erhö-

hung für beide Geschlechter auf 66 Jahre aus. Diese Ansicht teilte Helen Suter zwar nicht, sie machte sich jedoch für die Flexibilisierung des AHV-Alters stark. «Wer länger arbeitet, soll aber trotzdem keine höhere Rente erhalten», erklärte sie mit dem Hinweis darauf, dass viele freiwillig über das AHV-Alter hinaus erwerbstätig seien. Stefanie Heimgartner vertrat die Ansicht, dass Frühpensionierte keine Ergänzungsleistungen erhalten sollten, da dies ein Ansporn

«Der Generationenvertrag muss neu geschrieben werden.»

Renate Gautschy FDP

sei, vorzeitig aus dem Arbeitsprozess auszutreten. Sie sprach sich auch gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer aus.

Über die zweite Säule (BVG) sprachen anschliessend Marianne Binder (CVP), Yvonne Feri (SP), Renate Gautschy (FDP) und Ruth Jo. Scheier (GLP). «Das Sparguthaben reicht nicht mehr für den Lebensabend, es führt kein Weg an der Senkung des Umwandlungssatzes vorbei», warf Moderatorin Anna Wanner in die Runde. «Der Generationenvertrag muss neu geschrieben werden», sagte Renate Gautschy. «Alle müssen etwas dran geben, die Senkung des Umwandlungssatzes ist richtig und in dieser Dimension vertretbar.» Dass der Mindestumwandlungssatz von 6,8 auf 6 Prozent gesenkt werden soll, hält auch Yvonne Feri für vertretbar. «Im Gesamtpaket wird

durch den Zuschlag bei der AHV ein Ausgleich geschaffen», meinte sie. Marianne Binder hält die Senkung ebenfalls für wichtig. «Meine Kinder sollen nicht für mich schuften müssen», erklärte sie. «Alle Generationen müssen mitmachen.» Nur beim Koordinationsabzug, den der Bundesrat streichen wollte, die Ständeratskommission jedoch beibehalten hatte, gab es kritische Stimmen. «Er ist besonders für Frauen, die ja oft Teilzeit arbeiten, ungerecht», meinte Ruth Jo. Scheier. Selbst bei mehreren Teilpensen werde oft die Schwelle für den Eintritt in die berufliche Vorsorge nicht überschritten.

Die Zeit drängt

Über das Gesamtpaket der Altersvorsorge diskutierten zum Schluss die Ständeratskandidatinnen Pascale Bruderer (SP), Ruth Humbel (CVP), Irène Kälin (Grüne) und Lilian Studer (EVP). Irène Kälin würde der Erhöhung des Rentenalters für Frauen nur zähneknirsch zustimmen. Lilian Studer hoffte, dass die Reform nicht aufgrund des Lohnniveaus versenkt wird. Ruth Humbel wies darauf hin, dass die Vorlage unbedingt schnell behandelt werden müsse, da sonst die Mehrwertsteuer 2017 gesenkt werde und anschliessend für die Finanzierung der Altersvorsorge 2020 wieder angehoben werden müsste.

Ständerätin Pascale Bruderer erzählte von der Arbeit in der Kommission. «Wir schafften es, eine Lösung zu finden, weil wir nicht viel nach draussen dringen liessen und so kaum lobbyiert werden konnte.»

Hooligan-Problematik

Vermummungsverbot im Stadion und Bussen für Randalierer

Wer sich bei Sportveranstaltungen oder Kundgebungen nicht an die Anweisungen der Polizei hält, soll künftig gebüsst werden können. Aufgrund einer CVP-Motion im Grossen Rat prüft der Regierungsrat eine entsprechende Anpassung des Polizeigesetzes. Diese hatte «wirkungsvolle gesetzliche Grundlagen im Einsatz gegen Randalierer und Hooligans» verlangt. Vorgesehen ist nun ein System, ähnlich dem bei kleineren Verkehrsdelikten. Dabei wird gegenüber dem Täter auf der Stelle eine Busse verhängt, die sofort oder innerhalb von 30 Tagen bezahlt werden kann.

Darüber hinaus prüft die Regierung, ob ein Vermummungsverbot in Stadien wie dem Brugglifeld in Aarau erlassen werden soll. Heute gilt ein solches Verbot nur im öffentlichen Raum. Die CVP hatte eine Ausweitung verlangt, dies

mit dem Hinweis, dass sich gerade im Stadion oft Hooligans vermummten, um unerkannt Pyros zu zünden oder zu randalieren. In den letzten Jahren hätten solche Vorfälle zugenommen, deshalb will die Regierung das Thema bei der Revision des Polizeigesetzes angehen. Obwohl ein solches Verbot schwer durchzusetzen wäre, verspricht sie sich davon eine präventive Wirkung.

Nicht randaliert haben mehrere Personen, die am 25. April am Bahnhof Aarau von der Polizei kontrolliert und dann auf dem Posten festgehalten wurden. In der Antwort auf eine Interpellation von zwei Grünen-Grossräten räumt die Regierung ein, es seien auch Unbeteiligte betroffen gewesen. Für künftige Einsätze werde die Polizei «die Möglichkeiten einer Sichtung und Trennung vor Ort verbessern». (FH)

INSERAT

Nicht vergessen:

2-Phasen-Ausbildung für Neulenker.

Bei uns bis 190.- günstiger. Und viele weitere Vorteile.



www.tcs-aargau.ch  Sektion Aargau